

Position

Gedenkarbeit von Jugendverbänden fördern – Verantwortung ernst nehmen

Adressat*innen:

- Politiker*innen in den Kommunen
- Mitglieder des Landtags & der Landesregierung
- Freie und öffentliche Träger*innen der Jugendarbeit
- Kommunale Spitzenverbände
- Träger*innen politischer Bildung
- Landesschüler*innenvertretung
- Dachverband der kommunalen Jugendvertretungen

Gedenkarbeit ist seit langem wesentlicher Bestandteil des politischen Bildungsangebotes vieler Jugendverbände. Als herausragender Teil der Demokratiebildung ermöglicht die Gedenkarbeit, gesellschaftliche Prozesse nachvollziehbar und verständlich zu machen. Sie fördert einen kritischen Blick auf mögliche Konsequenzen und aktuelle Entwicklungen.

Unsere Bildungsarbeit ermöglicht es jungen Menschen, eine Verbindung zwischen unserer Gesellschaft und historischen Ereignissen herzustellen und aus ihnen zu lernen. Unsere Methodenvielfalt, unsere besondere Beziehung zu den jungen Menschen und die Freiwilligkeit der Teilnahme definieren hierbei unseren besonderen Stand in der non-formalen Demokratiebildung. Die Gedenkarbeit ist - gerade in einem deutschen Kontext - geprägt von erschreckenden Wahrheiten, die eine intensive pädagogische und politische Begleitung erfordern. Diese Begleitung können nur wenige Institutionen so vertrauensvoll leisten wie die Jugendverbände.

Die besondere Erfahrung der Begegnung mit Überlebenden und ihrer Geschichte wird uns sehr bald schon fehlen. Umso wichtiger wird es sein, Gedenkort zu erhalten und zu besuchen. Orte, die es ermöglichen, auch nur Teile der Geschichte des Faschismus zu verstehen.

- Wir nehmen uns der Verantwortung an, das Gedenken an den Holocaust und die nationalsozialistischen Verbrechen mit jungen Menschen zu thematisieren und uns gemeinsam dafür einzusetzen, „dass Auschwitz nie wieder sei!“
- Wir kommen dem Wunsch der Überlebenden des Nationalsozialismus nach, die uns den eindeutigen Auftrag hinterlassen haben „Wenn ich mal nicht mehr da bin, müsst ihr das machen“ (Zitat: Hildegard Schäfer, Überlebende von Ravensbrück aus Bad Kreuznach, im gleichnamigen Dokumentarfilm von 2003)
- Wir wollen junge Menschen zu einer kritischen Haltung gegenüber menschenverachtenden und diskriminierenden Tendenzen ermutigen.
- Wir sehen es als unsere Aufgabe, jugendgerechte neue Ansätze des Gedenkens zu entwickeln, die eine zukunftsweisende Auseinandersetzung mit unserer Geschichte ermöglichen.

- Die Jugendverbände nehmen die Rolle als Interessenvertretung junger Menschen wahr und ermöglichen Zugänge zur Auseinandersetzung mit Geschichte wie z.B. in Form von Biografiearbeit.
- Wir stehen für eine angemessene Befassung mit Aspekten der gesamten deutschen Geschichte und deren Reflektion hinsichtlich aktueller Geschehnisse.

Um dem nachzukommen, fordern wir die rheinland-pfälzischen Politikerinnen und Politiker dazu auf:

Die öffentlichen Fördermittel für Projekte und Veranstaltungen der historisch-politischen Bildungs- und Gedenkarbeit von Jugendverbänden bedarfsgerecht aufzustocken.

Insbesondere die öffentliche Förderung von Fahrten zu Gedenkorten und KZ-Gedenkstätten zu verstärken.

Der durch Jugendverbände geleisteten Gedenkarbeit durch Vertretende der Politik, beispielsweise durch Übernahme von Schirmherr*innenschaften und Besuch von Veranstaltungen Wertschätzung zukommen zu lassen.

Beschlossen durch die 113. Vollversammlung des Landesjugendringes Rheinland-Pfalz am 25.06.2020.